

Europas „grüne“ Energiewende ist eine Illusion, wie globale Daten zeigen.

geschrieben von Andreas Demmig | 4. August 2026

Climate Change Dispatch, Samuel Furfari

Die EU gibt vor, eine Führungsrolle im Übergangsprozess zu übernehmen, was sich wirtschaftlich als Verlustgeschäft erweist.

Ein Bericht des Energy Institute enthüllt ein Europa, das sich an den Schein klammert, eine „Energiewende“ anzuführen, während der Kontinent unter der Last von Klimapolitiken leidet, deren realitätsferne, utopische Ziele andernorts durch das auf fossilen Brennstoffen basierende Wirtschaftswachstum zunichtegemacht werden. [Hervorhebungen und Links hinzugefügt]

Die Daten aus der 75. Ausgabe des jährlichen „Statistical Review of World Energy“ werden nur diejenigen überraschen, die die Fakten ignorieren: Die Welt ist weiterhin massiv von fossilen Brennstoffen abhängig .

Die Solar- und Windtechnologien expandieren zwar, versagen aber immer noch bei dem stetig steigenden Energiebedarf, der im vergangenen Jahr einen Rekordwert von 600 Exajoule erreichte. (Das sind 600 Trillionen Joule, wobei ein Joule der Arbeit entspricht, die erforderlich ist, um eine Sekunde lang ein Watt Leistung zu erzeugen.)

86 % des gesamten Primärenergieverbrauchs stammten aus fossilen Brennstoffen – Öl mit 33,5 %, Kohle mit 27,6 % und Erdgas mit 25,1 %. Solar- und Windenergie machten lediglich 3 % aus, die von der Europäischen Kommission gegenüber den viel verteufelten Kohlenwasserstoffen stark gefördert wurden.

Im ersten Jahrzehnt des Pariser Klimaabkommens (2015–2025) stieg der weltweite Energieverbrauch um mehr als 14 %, allerdings mit stark gegensätzlichen Entwicklungen. In der Europäischen Union ging der Verbrauch jährlich um 1 % zurück, während er in der Asien-Pazifik-Region um 2,6 % zunahm.

Der sinkende Energieverbrauch Europas ist kein Triumph ökologischer Heldentaten, sondern vielmehr das Ergebnis des Angriffs des EU Green Deals auf die Wettbewerbsfähigkeit und der damit einhergehenden, vorhersehbaren Deindustrialisierung und des wirtschaftlichen Niedergangs.

Beispielsweise lag das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts einiger

europäischer Länder im Jahr 2025 nahe null, während es in den USA unter der fossile freundlichen Trump-Regierung 2 % betrug. Einige asiatische Länder, die hauptsächlich Kohle verbrennen, verzeichneten ein Vielfaches dieses Wertes.

Angesichts dieser Tragödie in der EU machte der Bericht der Europäischen Zentralbank zur Wettbewerbsfähigkeit aus dem Jahr 2024 nicht direkt die Klimapolitik verantwortlich, sondern die hohen Energiepreise, die diese Politik verursacht hatte – ein Taschenspielertrick, um der EU-Politik entgegenzukommen.

Unterdessen übertrifft das Wachstum fossiler Brennstoffe außerhalb der EU das Wachstum von Solar- und Windenergie weiterhin deutlich.

Im Gegensatz zur Brüsseler Darstellung, dass sich die Kluft zwischen sogenannten erneuerbaren Technologien und fossilen Brennstoffen verringert, ist die Realität in absoluten Zahlen eine immer größer werdende Kluft .

Die EU hat zwar erneuerbare Energien in ihr Stromnetz integriert, dies jedoch auf Kosten der Bezahlbarkeit und Zuverlässigkeit. Diese Vorreiterrolle bleibt jedoch rein symbolisch, da der Rest der Welt den Verbrauch fossiler Brennstoffe weitaus schneller ausbaut als die Nutzung „erneuerbarer“ Energien.

Der Ausbau der Kohlenwasserstoffnutzung in Asien, insbesondere in China und Indien, war für das Wirtschaftswachstum notwendig, das die Entwicklung der Solar- und Windenergie bei weitem übertraf.

In Regionen wie Asien war die Ausweitung der Kohlenwasserstoffnutzung, die mit einem beeindruckenden Wirtschaftswachstum einherging, mehr als nur ein Zufall. Sie war notwendig, und China und Indien spielten dabei eine Vorreiterrolle.

Zu Beginn dieses Jahrhunderts war der Anstoß für Chinas Wirtschaftswachstum die Lehre aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der auf miserable Lebensstandards und düstere Zukunftsaussichten zurückzuführen war. Die Kommunistische Partei Chinas erkannte, dass Wachstum notwendig war, um ihre Legitimität zu wahren, und dass reichlich vorhandene, billige Energie – hauptsächlich Kohle – der entscheidende Faktor dafür sein würde.

Dieser Wohlstand ist eine gute Nachricht für alle außer denen, die von Kohlendioxidemissionen (CO₂) besessen sind, dem Schreckgespenst des Klimaindustriekomplexes .

Im Rahmen ihres Bestrebens, die Emissionen bis 2040 um 90 % zu senken, hat die EU die Emissionen im Rahmen des Pariser Abkommens um 554 Millionen Tonnen reduziert, während der Rest der Welt seine Emissionen um 3 Milliarden Tonnen erhöht hat – also um das Fünffache in die entgegengesetzte Richtung.

Die europäischen Anstrengungen werden fast im selben Augenblick durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe anderswo zur Unterstützung einer gesteigerten Wirtschaftstätigkeit zunichtegemacht.

Am verheerendsten für 30 Jahre Klimadiplomatie ist die Tatsache, dass die globalen Industrieemissionen seit der Verabschiedung des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) im Jahr 1992 um 67 % gestiegen sind, wie aus dem „Statistical Review of World Energy“ von 2026 hervorgeht.

Die europäischen Bemühungen zur Emissionsreduzierung werden durch den verstärkten Verbrauch fossiler Brennstoffe in Asien, insbesondere in China (siehe oben), konterkariert. Screenshot.

Während die EU ihre Emissionen in diesem Zeitraum um etwa 30 % reduzierte, wurden die mit enormen Kosten und durch Deindustrialisierung erzielten Anstrengungen durch das Streben anderer nach gesellschaftlichem Wohlergehen zunichte gemacht.

Im Vergleich zu früheren Ausgaben ist die Sprache der neuesten Analyse des Energy Institute deutlich positiver gegenüber erneuerbaren Energien.

Eine Erklärung könnte die Zusammenarbeit des Verlags mit Ember sein, einem selbsternannten „Energie-Thinktank, der die Energiewende mithilfe von Daten und politischen Maßnahmen beschleunigen will“. Das Energy Institute selbst verfolgt das Ziel, „eine gerechte, sichere und kohlenstoffarme Energiewende zu beschleunigen“.

Unsere Skepsis gegenüber der grünen Agenda der EU basiert auf den im Bericht präsentierten Daten, nicht auf deren Interpretation durch die Herausgeber. Wir wollten das klägliche Ergebnis der EU-Energiepolitik dem vielversprechenden wirtschaftlichen Aufstieg anderer Länder gegenüberstellen .

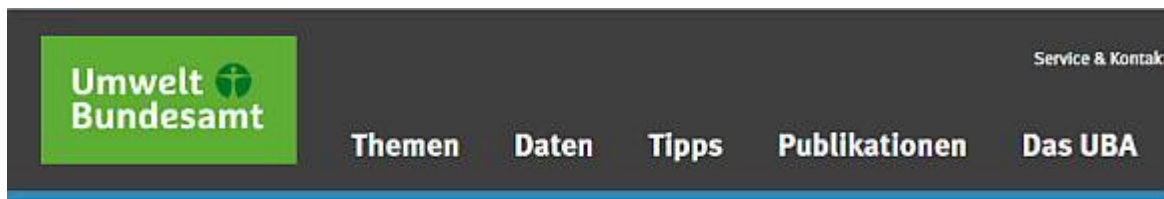
Trotz der allgegenwärtigen Rhetorik der Energiewende muss man sich den Tatsachen stellen: Die Dominanz fossiler Brennstoffe im globalen Energiesystem bleibt bestehen, selbst während Wind- und Solarenergie, die teuer und intermittierend sind, weiter ausgebaut werden .

Die Welt erlebt derzeit einen Energiezuwachs, keinen Energiewandel, da neue Technologien die wachsende Kapazität der traditionellen Energiequellen ergänzen.

Die große Mehrheit der Menschheit strebt nach mehr Wohlstand, wofür reichlich und kostengünstige Energie benötigt wird – genau das, was die EU vor der Einführung ökologischer Dogmen praktizierte. Der Konflikt zwischen angeblichen Klimaschutzambitionen und wirtschaftlichen Bestrebungen wird sich dadurch nur noch verschärfen.

Lesen Sie mehr dazu im The Center Square.

<https://climatechangedispatch.com/europes-green-energy-transition-is-a-delusion-global-data-shows/>



 > Presse

Emissionshandel: 21 Milliarden Euro fließen in den Klima- und Transformationsfonds

Emissionshandel bewährt sich als Treiber wirtschaftlicher, energieeffizienter Technologien



Die Einnahmen aus dem europäischen und dem nationalen Emissionshandel lagen in Deutschland im Jahr 2025 bei 21,4 Milliarden Euro. Die Erlöse aus diesen beiden zentralen marktwirtschaftlichen Klimaschutzinstrumenten lagen damit deutlich über dem Ergebnis des Vorjahres (18,5 Milliarden Euro). Dies berichtet die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt (UBA). Die Erlöse fließen vollständig in den Klima- und Transformationsfonds (KTF), der als Finanzierungsinstrument einen zentralen Beitrag zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele Deutschlands leistet.

Pressemitteilung No. 01/2026 | 07.01.2026

<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/emissionshandel-21-milliarden-euro-fluessen-in-den>

Geld, was die deutsche Wirtschaft zusätzlich belastet, geht vornehmlich ans Ausland